



Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insb. Managerial Economics
Prof. Dr. Marco Lehmann-Waffenschmidt

Seminar „**Kontrafaktische Fallstudien in Geschichte und Ökonomie**“
Hausarbeit zum Thema:
Deutsche Einheit 1990: Gab es wirtschafts-/ordnungspolitische Alternativen?
Betreuung durch Prof. Dr. Lehmann-Waffenschmidt
und PD Dr. Peter Fäßler

Verfasser

Name: Steffen Elias
Semester: 6. Fachsemester
Studienfach: Volkswirtschaftslehre
Matrikel-Nr.: 30 605 95

Name: Heiko Witschel
Semester: 8. Fachsemester
Studienfach: Betriebswirtschaftslehre
Matrikel-Nr.: 29 551 79

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	III
Abkürzungsverzeichnis	III
1 Einleitung.....	1
2 Die historische Ausgangssituation.....	2
2.1 Ordnungstheoretische Einführung.....	2
2.2 Das Wirtschaftssystem der DDR und dessen Zustand Ende der 80er Jahre.....	3
2.3 Das Wirtschaftssystem der BRD und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ende der 80er Jahre	5
3 Die Einheit – Planspiel und Realität.....	10
3.1 Entstehung und Aufgaben des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“	10
3.2 Die Wiedervereinigung aus wirtschafts- und ordnungspolitischer Sicht	11
3.3 Probleme der Wiedervereinigung.....	13
4 Alternativen bei der Wiedervereinigung Deutschlands und ihre möglichen Auswirkungen	
4.1 Abgrenzung der möglichen Alternativen	16
4.2 Szenario 1: Eine Währungsunion zu realen Wechselkursen	17
4.3 Szenario 2: Die Beibehaltung der innerdeutschen Grenze	18
4.4 Szenario 3: Subvention der Löhne in Ostdeutschland.....	19
4.5 Szenario 4: Die Arbeit der Treuhandanstalt	22
4.6 Kontingenz und Kausalität der Folgen der Wiedervereinigung	24
5 Resümee.....	26
Quellenverzeichnis	27
Anhang.....	29

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Konstitutive Elemente der Wirtschaftssysteme	2
Tabelle 2: Rückgang der Aufträge in der ostdeutschen Industrie Juli – Dezember 1990	13
Abbildung 1: Entwicklung der Staatsausgaben in der BRD (1970 – 2001)	6
Abbildung 2: Entwicklung des BIP in der BRD (1902 – 1990)	7
Abbildung 3: Investitionen in der BRD (1970 – 1990)	8
Abbildung 4: Arbeitslosigkeit in der BRD	8
Abbildung 5: Preisindex in der BRD	8
Abbildung 6 Arbeitsangebot und -nachfrage.....	18
Abbildung 7: Inländische Produktion	18
Abbildung 8: Inländische Investitionen.....	18
Abbildung 9: Effizienzanalyse der Lohnstrategien	20
Abbildung 10: Kontingenzverknüpfung.....	24
Anlage 1: Entwicklung des BIP in Ost- und Westdeutschland	29
Anlage 2: Die Entwicklung der Produktion¹ im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands	30

Abkürzungsverzeichnis

KB	Kilobyte
OPEC	Organisation erdölexportierender Länder
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
RGV	Mitgliedsländer des „Warschauer Paktes“
MGF	Ministerium für gesamtdeutsche Fragen
THA	Treuhandanstalt

1 Einleitung

Kaum ein anderes geschichtliches Ereignis ist in Deutschland häufiger Gesprächsthema, als die Deutsche Wiedervereinigung 1990. Nahezu jeder Deutsche in Ost und West glaubt, es hätte bessere wirtschafts- oder ordnungspolitische Möglichkeiten einer Vereinigung gegeben. Insbesondere die angeblichen „Verlierer“ der Einheit, also Personen denen es nach der Vereinigung scheinbar wirtschaftlich schlechter geht als vorher, stellen solche Behauptungen auf.

Wenn die Entwicklung Deutschlands nach der Wiedervereinigung bis heute betrachtet wird scheint es durchaus plausibel eine solche Hypothese aufzustellen. Wie ist es jedoch wirklich? Waren unter den damaligen Umständen tatsächlich Alternativen möglich? Und wenn ja, wie wäre die weitere Geschichte verlaufen? Oder war der eingeschlagene Weg der einzig machbare?

Diesen Fragen soll in vorliegender Arbeit nachgegangen werden. Es wird versucht, eine Antwort darauf zu geben, ob es Handlungsalternativen gab, die eine bessere wirtschaftliche Entwicklung vermuten lassen. Allerdings geht es in vorliegender Arbeit nicht nur um die möglichen Alternativen, sondern auch, ob ihre Umsetzung 1990 realistisch und vernünftig erschien.

Eines bleibt jedoch allen Alternativen, die hier betrachtet werden, gemeinsam. Sie sind kontrafaktisch. Sie haben nicht stattgefunden, und werden so auch nie wieder Anwendung finden können. Genauso wenig kann bewiesen werden ob sie besser oder schlechter verlaufen wären als der tatsächliche Geschichtsverlauf. Es bleiben nur gedankliche Überlegungen bzw. Vermutungen und daraus abgeleitete Hypothesen. Und doch können sie aufzeigen, ob 1990 durchdachte Entscheidungen getroffen worden sind.

Daher werden im Folgenden nicht nur mögliche Handlungsalternativen betrachtet, sondern es werden auch die wirtschafts- und ordnungspolitische Ausgangslage in Ost- und Westdeutschland sowie die Entwicklung nach der Wiedervereinigung betrachtet. Nur mit diesen faktischen Ereignissen ist ein abschließender Vergleich der tatsächlichen Entwicklung mit den kontrafaktischen Alternativen in dieser Arbeit möglich.

2 Die historische Ausgangssituation

2.1 Ordnungstheoretische Einführung

Die Wirtschaftsordnung umfasst die Gesamtheit der Rechtsregeln, Traditionen und Konventionen, die den wirtschaftlichen Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Wirtschaftssubjekte auf Dauer begrenzen.¹ Grundlegend für den Charakter einer Volkswirtschaft ist die Art der Beantwortung der drei Grundfragen des Wirtschaftens.

1. Was soll produziert werden und in welchen Mengen?
2. Wie soll produziert werden?
3. Für wen soll produziert werden?²

Umgangssprachlich wird zwischen den beiden Ordnungstypen der Plan- und der Marktwirtschaft differenziert. Dies ist jedoch irreführend, vollzieht sich doch nach Eucken „zu allen Zeiten und überall...das menschliche Wirtschaften in Aufstellung von Wirtschaftsplänen“.³

Daher wird prägnanter nuanciert zwischen „...der verkehrslosen ‚Zentralgeleiteten Wirtschaft‘ und ... der ‚Verkehrswirtschaft‘“.⁴ Der konstitutive Unterschied zwischen beiden Ordnungsformen ist also der Ort der Planung. Während dies in einer Zentralverwaltungswirtschaft, wie der Name schon sagt, einer zentralen Behörde obliegt, erfolgt es in einer Marktwirtschaft dezentral, mit Hilfe von Preisen als Knappheitsindikator.

Tabelle 1: Konstitutive Elemente der Wirtschaftssysteme

Zentralverwaltungswirtschaft	Ausgewählte Ordnungselemente	Marktwirtschaft
zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung	Möglichkeiten der Planung in einer Volkswirtschaft	dezentrale Planung mit marktwirtschaftlicher Koordination
Gesellschaftseigentum (Staatseigentum)	Eigentumsformen	Privateigentum persönliches Eigentum
Erfüllung eines bestimmten Plans	Produktionsziele der Unternehmen	Gewinnerwirtschaftung
festsetzen durch den Staat	Preisbildung	auf den Märkten
Staatsmonopole	Marktformen	Polypol/ Oligopole

Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Heft 180, S. 6 (leicht modifiziert)

¹ Wöller (2004) S. 146

² Samuelson/Nordhaus (1987) S. 59 f.

³ Eucken (1965) S. 78

⁴ ebenda. S. 79 (Hervorhebungen im Original)

Die Tabelle 1 zeigt eine kurze und übersichtliche Darstellung der konstitutiven Elemente der jeweiligen Wirtschaftssysteme.

2.2 Das Wirtschaftssystem der DDR und dessen Zustand Ende der 80er Jahre

Gemäß ihrer Verfassung (Art. 9) war die DDR eine „sozialistische Planwirtschaft“. Eine zentrale Planungsbehörde entwarf Produktionspläne und teilte die für die Produktion notwendigen Ressourcen zu. Die Produktionsmittel waren überwiegend im Staatseigentum.

Grundlage allen Wirtschaftens waren die Planvorgaben der Regierung und die zentrale Vergabe, der dazu benötigten Mittel. Löhne und Preise wurden staatlich diktiert. Somit verloren die Preise ihre Eigenschaft als Knappheitsindikatoren und Geld hatte nur noch Bezugsscheinfunktion. Dadurch fehlte Wettbewerb und die Bürokratie blühte. Dies implizierte auf der Produzentenseite einen Anreiz zum Horten der Produktionsfaktoren und einer von den Planvorgaben gesteuerten Fehlausrichtung der Produktion. Darunter litten sowohl Wirtschaftlichkeit, Nachfrageorientierung als auch die Qualität der Güter und Dienstleistungen.⁵ Diese systemimmanenten Defizite führten zum ständigen Experimentieren mit Wirtschaftsreformen.

In den 60er Jahren wurde das „Neue ökonomische System“ eingeführt, dadurch wurde die Planungsebene von der Zentrale auf die Betriebsebene verlagert. Da jedoch nur partielle Fortschritte aber andererseits auch erhebliche neue Problemfelder entstanden, stellte man dieses Experiment Anfang der 70er Jahre ein. Internationale Entwicklungen beschleunigten das Ende dieser „Misswirtschaft“ noch zusätzlich. Die DDR benötigte zur Bedienung, der bis 1980 angehäuften Schulden, Devisen. Der nach dem 2. Ölschock wieder fallende Ölpreis und reduzierte Öllieferungen aus der Sowjetunion beschnitten eine sehr wichtige Devisenquelle. Um das auszugleichen, schränkte man den Import aus den westlichen Industrieländern stark ein. Dieser „außenwirtschaftliche Kraftakt“ ging zu Lasten der Investitionen. Sie wurden außerhalb der Schwerpunktbereiche völlig vernachlässigt, somit verfiel der Kapitalstock der DDR zunehmend. Erschwerend kam das, von den USA erwirkte, Kreditembargo der NATO-Staaten gegen die Staaten des Warschauer Paktes hinzu. Es war eine Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13.12.1981.

Trotz des so erzielten Exportüberschusses hätte die DDR schon 1984 ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Der drohende Staatsbankrott konnte jedoch mit Hilfe von Krediten aus der BRD abgewendet werden. Allerdings waren diese nur gegen politische Zugeständnis-

⁵ Magen (1995) S. 10

se (u.a. Abbau der Selbstschussanlagen und Minenfelder an der innerdeutschen Grenze) bewilligt worden.⁶ Doch waren die Kredite nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein, denn durch den Zusammenbruch der OPEC im Jahr 1985, setzte ein noch stärkerer Ölpreisverfall ein.

Die SED-Führung suchte ihr Heil in der Flucht nach vorn und importierte massiv moderne Maschinen aus dem Westen. Damit sollte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie generell und der Mikroelektronik im Speziellen erhöht werden. Diese Strategie zielte auf eine mittel- bis langfristige Erhöhung der Exporte und eine Substitution von Importen, sprich einem Außenhandelsüberschuss, ab. Allerdings zu dem Preis der kurzfristigen Zunahme der Westverschuldung.

Die Formulierung im Konjunktiv signalisiert bereits, dass diese Strategie fehlschlug. Die DDR-Industrie war so hoffnungslos veraltet und unproduktiv, dass an eine kurzfristige Konkurrenzfähigkeit nicht zu denken war.

Als exemplarisches Beispiel soll hier das „Lieblingskind“ der Parteiführung, die Mikroelektronik, dienen. Diese Schlüsselindustrie sollte der ganzen DDR-Industrie zu Produktivitätssprüngen verhelfen. Die Realität war eine Andere, 1988 begann die Serienfertigung des 64-KB-Speichers. Die Herstellkosten beliefen sich auf 93 Mark. Der gleiche Chip kostete auf dem Weltmarkt einen US-Dollar. So ließen sich noch unzählige solcher oder ähnlicher Beispiele für den Produktivitätsrückstand der DDR-Industrie nennen.⁷

Kurz gesagt, Ende der 80er Jahre stand die Wirtschaft der DDR vor einem Kollaps, den auch die Sowjetunion, vorausgesetzt deren System der Wirtschaftslenkung wäre noch intakt gewesen, nicht hätte abwenden können. Auch großzügige Kredite der BRD hätte diesen Absturz nicht verhindern, sondern nur verzögern können. Denn der Fehler lag im System. Folgerichtig gelangt Dieter Grosser zu dem Schluss, dass „Gorbatschows Politik...den Absturz der DDR lediglich beschleunigt“ hat.⁸

⁶ Grosser (1998) S. 27

⁷ ebenda S. 32

⁸ ebenda S. 11

2.3 Das Wirtschaftssystem der BRD und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ende der 80er Jahre

Bei der Wirtschaftsordnung der BRD handelt es sich um die so genannte „Soziale Marktwirtschaft“. Prägend und namensgebend waren Alfred Müller-Armack, Ökonom und erster Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, und dessen Vorgesetzter, der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard.⁹

Aufbauend auf Elemente der freien Marktwirtschaft, in seiner tatsächlichen Ausgestaltung an die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen des Neo- und Ordoliberalismus angelehnt und vor allem von Walter Eucken und der Freiburger Schule geprägt, ist die soziale Marktwirtschaft ein Mischsystem, welches „die Vorteile einer freien Marktwirtschaft, wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder hohe Güterversorgung zu verwirklichen, gleichzeitig aber deren Nachteile wie zerstörerischer Wettbewerb, Ballung wirtschaftlicher Macht oder unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen zu vermeiden“ sucht.¹⁰

Daraus ergeben sich an den Staat folgende Aufgabenstellungen. Erstens die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, in dem sich das wirtschaftliche Handeln vollziehen kann. Dazu gehören unbedingt die persönlichen Freiheitsrechte, das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung, die Vertragsfreiheit sowie die Definition von Eigentumsrechten. Des Weiteren von grundsätzlicher Bedeutung ist die Gewährleistung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, das heißt die Vermeidung von Marktmachtkonzentrationen und Marktzugangshürden. Andere wichtige Gestaltungsmerkmale sind zum Beispiel freie Preisbildung für Güter und Dienstleistungen am Markt, Tarifautonomie, Gewinnstreben als Leistungsanreiz, eine unabhängige Zentralbank, ein Netz von Sozialleistungen sowie eine aktive Wirtschafts-, Konjunktur- und Steuerpolitik des Staates.¹¹

Diese Grundsätze, deren konsequente und engagierte Umsetzung, der deutsche Pioniergeist nach dem 2. Weltkrieg und nicht zuletzt eine Reihe günstiger äußerer Umstände führten nach 1948 zu einer enormen Steigerung des Wohlstandes und zu einem bisher ungekannten Maß an sozialer Sicherheit. Selbige wurde aus opportunistischen Motiven von Politikern bevorzugt gefördert. Dieser Prozess mündete Anfang der 80er Jahre im „Wohlfahrtsstaat“.

Ludwig Erhard konnte die Entwicklung, obwohl er (anfangs) strikt dagegen war, nicht aufhalten. Denn es war „sein“ Kanzler Konrad Adenauer der den Stein ins Rollen brachte, als er

⁹ Schlecht (1990) S. 12

¹⁰ Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z (2004)

¹¹ ebenda

1957 die dynamische Rente einführt. 1965 nun selbst Kanzler, verteilte er großzügig soziale Geschenke, um die Gunst der Wähler zu gewinnen.¹² Mit dem Namen Karl Schiller, Wirtschaftsminister von 1966 bis 1972, ist das wirtschaftspolitische Konzept der Globalsteuerung verknüpft. Dieses war angelehnt an die Ideen von John Maynard Keynes und führte zu massiven staatlichen Eingriffen, in Form von verstärkter Staatsnachfrage und Subventionen, in den Wirtschaftskreislauf. Die Effekte waren jedoch bescheiden, was nicht zuletzt durch die internationalen Rahmenbedingungen, wie dem ersten Ölpreisschock, beeinflusst wurde. Jedoch nahm die Staatsverschuldung rasant zu und so musste das Programm Anfang 1973 aufgegeben werden.¹³ Folgendes Beispiel illustriert sehr gut die monetäre Quantität der Staatseingriffe. 1987 gewährten Bund, Länder und Gemeinden den Unternehmen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in Höhe von 122 Mrd. DM. Dies entspricht 6% des Bruttoinlandsinkommens beziehungsweise 25% der staatlichen Steuereinnahmen.¹⁴

Zur Finanzierung der Sozialleistungen und Subventionen drehte der Staat auch kräftig an der „Steuerschraube“. Im Jahr 1989 betrugen die Lohnnebenkosten im Ganzen ca. 80% des Bruttolohnes.¹⁵ Damit gefährdete der „Daseinsvorsorgestaat“ seine Grundlage, das Wirtschaftswachstum. Dieses war Anfang der 80er Jahre Opfer der steigenden Soziallasten und Abgaben geworden.

Dringende Strukturreformen waren nötig. Diese wurden, leider nur punktuell und nicht energisch genug, von der seit 1982 regierenden Koalition aus CDU/CSU/FDP unter Kanzler Helmut Kohl, angegangen. Die Staatsquote, die den Anteil der Staatsausgaben am BIP misst,

wurde, wie die Abbildung 1 zeigt, von 47,9% Anfang der 80er, auf 43,8% Ende der 80er gedrosselt.¹⁶

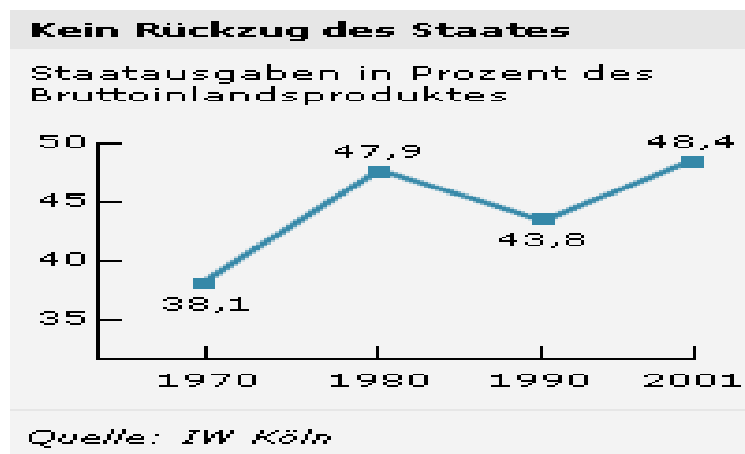


Abbildung 1: Entwicklung der Staatsausgaben in der BRD (1970 – 2001)

¹² Grosser (1998) S. 93

¹³ ebenda S. 92

¹⁴ Gerstenberger (1990) S. 65

¹⁵ Grosser S. 86

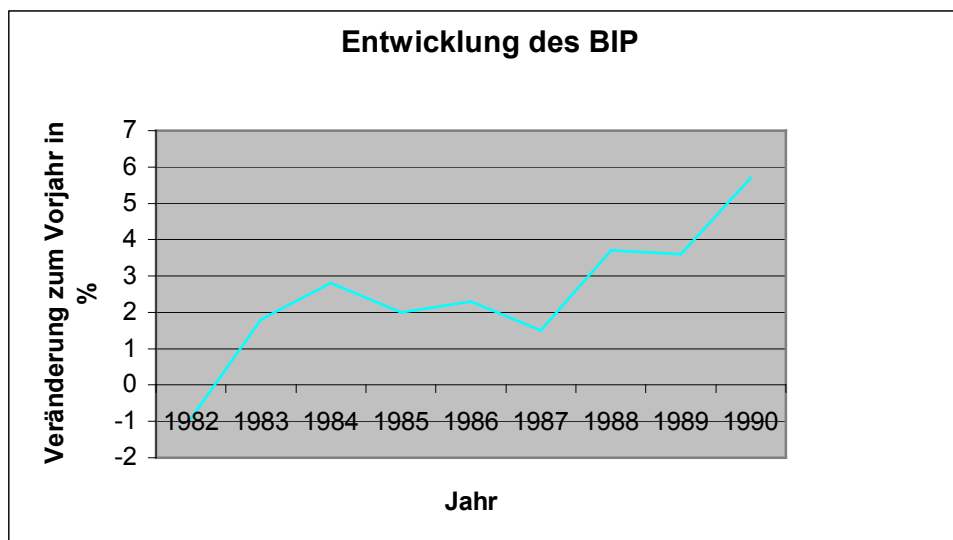
¹⁶ Initiative für Soziale Marktwirtschaft: <http://www.insm.de/Lexikon/S/Staatsquote.html;jsessionid=E085372A8CCCF85FB13A570E5C6F2F07>

Neben der Staatsquote wurde auch die Sozialquote (Summe der Sozialausgaben ausgedrückt in % des BIP) um knapp 3% reduziert.¹⁷ Ebenfalls wurden erste Strukturreformen durchgeführt, wie beispielsweise die Rentenreform 1989. Diese verdient aber eigentlich nicht den Namen „Reform“, da die Renten lediglich an die Nettolohnentwicklung (statt an den Bruttolohn) gekoppelt wurden.

Das Beispiel der Rentenreform zeigt jedoch, dass die Regierung Kohl die Strukturreformen nicht konsequent genug durchführte obwohl sich bereits damals die Probleme der Finanzierung der Sozialsysteme, mit denen wir noch heute zu kämpfen haben, abzeichneten. Der Glanz der hervorragenden wirtschaftlichen Eckdaten überdeckte diese Strukturprobleme.

Die Wachstumsschwäche der 70er Jahre schien überwunden (vgl. Abbildung 2: BIP-Entwicklung).

Abbildung 2: Entwicklung des BIP in der BRD (1902 – 1990)

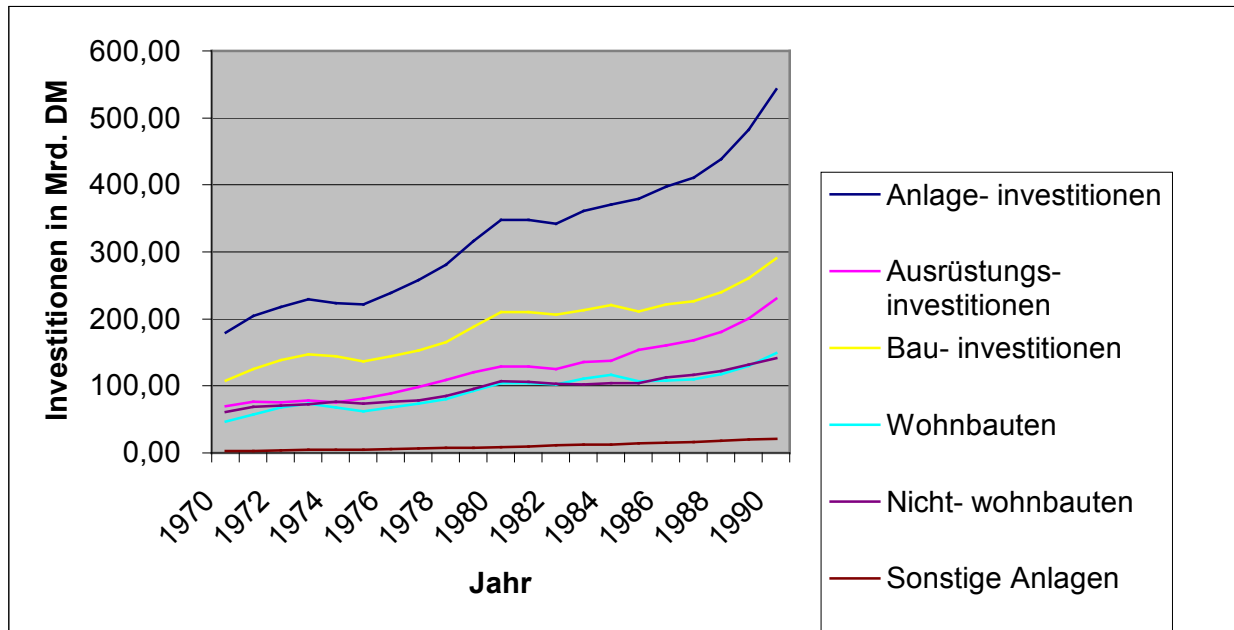


Quelle: eigene Darstellung (Daten: SVR: Jahresgutachten 1993/94, S.64 f.)

Auch die Unternehmen investierten wieder verstärkt, wie der Abbildung 3 zu entnehmen ist.

¹⁷ Initiative für Soziale Marktwirtschaft: <http://www.insm.de/Lexikon/S/Sozialquote.html;jsessionid=0585E7FDFDED346137F1EDA6D48D7A70>

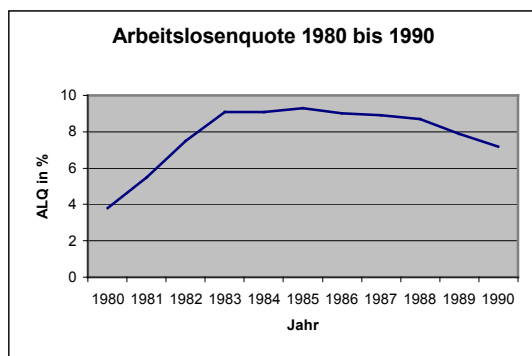
Abbildung 3: Investitionen in der BRD (1970 – 1990)



Quelle: eigene Darstellung (Daten: Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de/indicators/d/lrvgr03ad.html>)

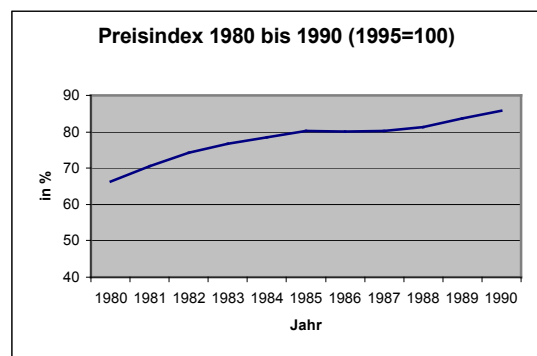
Die Preise blieben trotz Hochkonjunktur stabil (vgl. Abbildung 5) und auch die Beschäftigung nahm nach anfänglichem zögern zu (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Arbeitslosigkeit in der BRD



Quelle: eigene Darstellung (Daten: Bundesagentur für Arbeit)

Abbildung 5: Preisindex in der BRD



Quelle: eigene Darstellung (Daten: Statistisches Bundesamt)

Zu dieser Entwicklung trug der Export, in Verbindung mit einem sehr niedrigen Ölpreis, auch dank eines schwachen US-Dollars, einen nicht unerheblichen Teil bei. Die Leistungsbilanz zeigte 1989 einen Überschuss von 107 Mrd. DM.¹⁸ Dementsprechend hoch waren die deutschen Auslandsinvestitionen. Circa 90 Mrd. DM flossen durch Wertpapierkäufe, Kreditvergabe, Direktinvestitionen und Immobilienkäufe ins Ausland. Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse gaben Grund zu der Annahme, dass die BRD die Wiedervereinigung ohne Überlastung des deutschen Kapitalmarktes finanzieren könnte.

¹⁸ SVR: Jahresgutachten 1991/92, S.368

Noch zwei weitere grundlegende Entwicklungen wurden durch die glänzend aussehende wirtschaftliche Lage der BRD Ende der 80er verdeckt. Erstens der verschärfte globale Wettbewerb, Stichwort „Globalisierung“ und zweitens der dadurch und durch die zunehmende Automatisierung bedingte Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft.

Der Strukturwandel setzte in den 70er Jahren ein und traf besonders die Schwerindustrie, das Textilgewerbe und die Holzverarbeitung. Die Arbeitsplatzverluste wurden zu einem geringen Teil von den Wachstumsbranchen Straßenfahrzeugbau, Büromaschinen und Maschinenbau aufgefangen. Den Löwenanteil aber kompensierte der Dienstleistungssektor. 90% der Beschäftigungsgewinne in den Jahren 1984 bis 1989 entfielen auf den Dienstleistungssektor.¹⁹ Besonders bei unternehmensnahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Marketing, Vertrieb und Service entstanden neue Arbeitsplätze. Teilweise leider nur auf dem Papier, da diese gleichzeitig, aufgrund von Outsourcing bei den Unternehmen verschwanden.

Am stärksten spürten Geringqualifizierte, deren Arbeitsplätze als erstes der Automatisierung zum Opfer fielen, diese Entwicklung. Sie fanden nur schwer einen neuen Arbeitsplatz in der Dienstleistungsbranche, da die Unternehmen, durch die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, nur in hochproduktiven Bereichen expandieren konnten. Einfache Tätigkeiten sind (noch immer) unbezahlbar und werden nach dem „Do it yourself“ Prinzip oder durch Schwarzarbeit, einer weiteren unangenehmen Nebenwirkung, erledigt. Somit trat das Phänomen der strukturellen Arbeitslosigkeit verstärkt auf. Allerdings blieb es noch im Hintergrund da zunächst 1990 die Arbeitslosenzahl erstmals seit langem wieder unter die 2 Mio. Grenze rutschte²⁰.

Die „Globalisierung“ machte sich damals noch nicht so bemerkbar wie heute. Die Mehrzahl der Unternehmen, die im Ausland investierten, wollten weniger das Lohngefälle ausnutzen sondern auf von den Wachstumsaussichten der „Aufholländer“ profitieren. Arbeitsplatzverlagerungen waren die Ausnahme. Jedoch war absehbar, dass nur eine zunehmende Lohndifferenzierung zu Lasten Geringqualifizierter den Arbeitsplatzabbau würde aufhalten können. „Die Lage der westdeutschen Wirtschaft am Vorabend der Wiedervereinigung 1990 war somit ambivalent. Einerseits ging es ihr glänzend. Andererseits war zu befürchten, dass der Glanz schnell wieder verblassen und die nächste Rezession die Innovations- und Anpassungsschwächen erneut bloßlegen würde.“²¹

¹⁹ Gerstenberger (1990) S. 254

²⁰ SVR: Jahresgutachten 1991/92, S.308

²¹ Grosser (1998) S. 69

3 Die Einheit – Planspiel und Realität

3.1 Entstehung und Aufgaben des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“

Wenn es um die Erarbeitung möglicher wirtschafts- bzw. ordnungspolitischer Alternativen für die Deutsche Wiedervereinigung geht, dann ist es notwendig, sich mit der Entwicklung und den Aufgaben des sogenannten „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ zu beschäftigen. Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die Motivation zur Gründung und die geschichtliche Bedeutung des Forschungsbeirates gegeben werden.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 machten sich besonders Jakob Kaiser und Konrad Adenauer, der kurze Zeit später zum Bundeskanzler gewählt werden sollte, für ein „Ministerium zur Vorbereitung der Deutschen Einheit“ verdient. Kaiser, der ursprünglich aus der sowjetisch besetzten Zone stammte, von dort aber von der Sowjetunion ausgewiesen wurde, übernahm auch auf Wunsch Adenauers den Vorsitz in dem im September 1949 gegründeten „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ (MGF).²²

Zu den Zielen dieses Ministeriums gehörte zunächst die Stärkung des Wiedervereinigungswillens in Ost und West und als Fernziel der Vollzug der Wiedervereinigung Deutschlands.²³ Um diese Ziele zu erreichen, beschäftigte sich das Ministerium u.a. mit der bundesdeutschen Gesetzgebung und ihren Auswirkungen auf die DDR sowie der Aufklärungsarbeit über die ost-deutschen Verhältnisse.

Auf Drängen des Königsteiner Kreises – einem Verein der sich vor allem aus hochrangigen Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zusammensetzte (darunter u.a. ehemalige Landesminister, Hochschullehrer, Volkswirte etc.) – und politischem Druck, der vor allem von der SPD ausgeübt wurde, gründete das MGF am 24. März 1952 den „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“.²⁴

Der Forschungsbeirat setzte sich aus dem Forscherkreis, in dem die eigentliche Forscherleistung stattfand, und dem Plenum, welches überwiegend administrative und repräsentative Aufgaben übernahm, zusammen.

Der Forscherkreis unterteilte sich zunächst in vier Fachausschüsse²⁵, den Agrarausschuss, den Ausschuss für Fragen der gewerblichen Wirtschaft, den Finanzausschuss sowie den Bilanzie-

²² Wöller (2002) S. 67

²³ ebenda S. 70

²⁴ ebenda S. 117

²⁵ ebenda S. 127

rungsausschuss. Jedem von ihnen gehörten Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen an.

Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse betrafen vor allem, die jeweilige Entwicklung in der DDR zu analysieren und daraus den voraussichtlichen finanziellen Aufwand im Falle der Wiedervereinigung abzuschätzen. Die besondere Schwierigkeit dieser Aufgaben lag darin, dass statistische Daten der DDR aus politischen Gründen falsch wiedergegeben oder nicht veröffentlicht wurden, und somit jegliche Voraussetzungen für eine diagnostische Datenanalyse fehlten.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde die Arbeit des Forschungsbeirates ständig intensiviert. Fanden im Jahre 1952 noch 83 Tagungen der Fachausschüsse statt, so waren es bereits 1955 155 Sitzungen im Jahr.²⁶ Neben einer Intensivierung der Arbeitsleistung wurde auch auf immer breiterem Feld geforscht. So wurden später ein Sozialausschuss, ein Ausschuss für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und ein Ausschuss für betriebliche Wirtschaftsrechnung gegründet.

Um eine möglichst breite Unterstützung für die Arbeit des Forschungsbeirates zu haben, setzte sich das Plenum aus Mitgliedern der unterschiedlichsten Verbände zusammen. So gehörten Vertreter aus allen Parteien, den Wirtschaftsorganisationen, der Arbeitgeber, den Gewerkschaften, des Bauernverbandes, den Flüchtlingsorganisationen und natürlich aller Ministerien dem Plenum an.

Der Forschungsbeirat konnte so von 1952 bis 1975 in nahezu allen Fragen, die die Wiedervereinigung betrafen, Vorschläge für deren Umsetzung unterbreiten. Als 1975 die Deutsche Wiedervereinigung nahezu aussichtslos erschien, wurde der Forschungsbeirat, auch auf politischen Druck der DDR, aufgelöst. Er verfasste in seiner Arbeitszeit insgesamt fünf Tätigkeitsberichte die die Grundlage der späteren Wiedervereinigung bildeten. Wie wichtig eine Weiterführung seiner Forschungsarbeit gewesen wäre, wurde erst mit der Einheit Deutschlands 1990 und deren Nachwirkungen sichtbar.

3.2 Die Wiedervereinigung aus wirtschafts- und ordnungspolitischer Sicht

Wie bereits in Abschnitt 3.1 erwähnt, hatte der Forschungsbeirat umfangreiche Planungen entwickelt, wie im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands zu verfahren sei. Ziel war es, in der ehemaligen DDR schnellstmöglich einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen,

²⁶ Wöller (2002) S. 130

und somit in absehbarer Zeit westdeutsche Lebensverhältnisse herzustellen. Die Vorgehensweise bei der deutschen Wiedervereinigung, insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen in der ehemaligen DDR soll dieser Abschnitt beleuchten.

Nach den friedlichen Demonstrationen im Oktober und November 1989 und den bereits im März 1990 stattfindenden freien Wahlen in Ostdeutschland, bei denen sich die absolute Mehrheit für die pro-westliche „Allianz für Deutschland“ aussprachen, war der Weg zur Wiedervereinigung frei. Dieser Prozess wurde durch die Erklärung des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow im Februar 1990 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos noch beschleunigt. Er zeichnete ein desaströses Bild der DDR. Täglich verließen ca. 2000 Menschen Ostdeutschland, die Autorität der Regierung schwand, Massenstreiks waren die Folge.²⁷ Das hatte Auswirkungen auf die Finanzsituation. Die DDR war nahezu zahlungsunfähig. Nur die Aussicht auf eine Wirtschafts- und Währungsreform konnte den Abwärtsprozess der ostdeutschen Republik aufhalten. Daher wurde die Währungsreform zum 01.07.1990 als Sofortmaßnahme beschlossen, um die wirtschaftliche Stabilität in der DDR aufrecht zu erhalten. Allerdings gab es größte Bedenken gegen diesen Schritt. Unter anderem der damalige Bundesbankpräsident Karl-Ott Pöhl favorisierte einen mehrjährigen Angleichungsprozess. Am Ende eines zunächst wirtschaftspolitischen Transformationsprozesses sollte schließlich die Währungsreform als Abschluss stehen. Er erklärte eine sofortige Angleichung der Währungen in Ost und West für „ungeeignet und unmöglich“.²⁸

Doch aufgrund der prekären Lage der DDR-Wirtschaft war die Währungsreform unausweichlich. Nur der Umtauschkurs war zunächst noch unklar. Die Bundesbank fürchtete um die Währungsstabilität wenn Milliarden Ostmark in DM umgetauscht würden.²⁹ Mit dem Alleingang des Altbundeskanzlers Kohl, der auf einer Kundgebung bekannt gab, dass der Umtauschkurs für kleinere Sparguthaben 1:1 betragen soll, waren jedoch politische Entscheidungen getroffen, die die Bundesbank nur noch zur Kenntnis nehmen konnte.

Schließlich wurde am 02. Mai 1990 zwischen der neuen Regierung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beider deutscher Staaten geschlossen. Der Vertrag sollte zum 01. Juli 1990 in Kraft treten.

Der Inhalt umfasste neben den Regelungen zur Währungsreform auch zahlreiche andere ordnungs- und wirtschaftspolitische Veränderungen in der DDR. Die wichtigsten Neuerungen sind abschließend hier aufgeführt.

²⁷ Görtemaker, Manfred „Beginn der deutschen Einheit“ (2006) S. 6/7

²⁸ ebenda S. 6/7

²⁹ ebenda S. 2/7

1. Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG. Demnach konnte die Verfassung der BRD auch in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt in Kraft gesetzt werden³⁰. (Der Artikel 23 GG wurde 1992 durch den sogenannten „Europa-Artikel“ ersetzt.)
2. Umtausch aller Löhne, Gehälter, Mieten, Pachten, Renten sowie anderer wiederkehrender Versorgungsaufwendungen im Verhältnis 1:1³¹
3. Einführung von Vertragsfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, freiem Erwerb von Grund und Boden, einem zweistufigem Bankensystem und einer Anpassung der Sozialversicherung³²
4. Freigabe aller Preise mit Ausnahme der Mieten und der Preise für die Energieversorgung
5. Errichtung der Treuhandanstalt zur Überführung der Staatsunternehmen und des Staatsvermögens der DDR in Privateigentum

3.3 Probleme der Wiedervereinigung

Nach der abgeschlossenen Wiedervereinigung am 03.10.1990 wurde das Ausmaß der im vorigen Abschnitt erläuterten Reformen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in den Neuen Bundesländern deutlich sichtbar.

So hatte die Währungsreform erhebliche Auswirkungen auf den Auftragseingang bei der ostdeutschen Industrie. In der Tabelle 2 ist der starke Rückgang der Aufträge in allen Industriebereichen Ostdeutschlands erkennbar.

Tabelle 2: Rückgang der Aufträge in der ostdeutschen Industrie Juli – Dezember 1990
(Angaben in Prozent)

Industriebereich	Rückgang der Aufträge	
	insgesamt	Aus dem Ausland
Chemische Industrie	70	83
Metallurgie	48	43
Baumaterial - Industrie	53	87
Maschinen-/Fahrzeugbau	58	53
Elektro-Gerätebau	49	76
Leichtindustrie	69	69
Textilindustrie	77	86

Quelle: eigene Darstellung (Daten: Krakowski et al.)

³⁰ Görtemaker, Manfred „Beginn der deutschen Einheit“ (2006) S. 3/7

³¹ ebenda S. 2/7

³² Krakowski, Michael; Henne, Wolfgang; Thiel, Eberhard; Keller, Dietmar; Weilepp, Manfred; Wacker-Theodorakopoulos, Cora; Kreienbaum, Christoph; Winkler-Büttner, Diana; Plötz, Peter (1992) S. 156

Der starke Auftragseinbruch lässt sich aber nicht nur durch die Exportabhängigkeit in die ehemaligen Mitgliedsländer des Warschauer Paktes (RGW) erklären. Auch die Nachfrage bei den eher regional orientierten Unternehmen (z.B. Nahrungsmittelindustrie) ging von Juli bis Oktober 1990 um über 50% zurück.³³ Die Konsumenten hatten auf das – subjektiv oder objektiv empfundene - höherwertige Angebot aus Westdeutschland oder dem Ausland reagiert und dieses stärker nachgefragt.

Während der Auftragseinbruch bei den Exporten durch die mangelnde Produktivität und die nunmehr zu hohen Wechselkurse für die RGW jedoch vorhersehbar war³⁴, war ein Nachfragerückgang bei der heimischen Bevölkerung nicht in dem Ausmaß prognostiziert wurden.

Als Konsequenz zu den Nachfragerückgängen entstand durch die nötig gewordenen Betriebs-schließungen (vgl. hierzu Abbildung 11 des Anhangs, die den Produktionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands verdeutlicht) eine stetig ansteigende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern. Durch die zuvor beschriebene Übernahme der bundesdeutschen Sozialversicherungsgesetzgebung waren die Arbeitslosen zwar sozial abgesichert aber es entwickelte sich, auch aufgrund mentaler Unterschiede im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung³⁵, ein Verdruss über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands.

Auswirkungen der negativen Entwicklung gab es vor allem bei den Staatsausgaben. So wurde mit Kosten für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung Ostdeutschlands von insgesamt 500 Mrd. DM bis 1,1 Billionen DM gerechnet (heutige Schätzungen gehen inzwischen von ca. 1,8 Billionen DM aus). So bedurfte es allein 1991 etwa 143 Mrd. DM³⁶ Bruttotransferleistungen der Bundesrepublik für die neuen Bundesländer. Aber mit solchen vorübergehenden Auswirkungen durch die nötigen Transformationsprozesse in Ostdeutschland wurde bereits im Vorfeld der Vereinigung³⁷, wie auch schon in Zeiten des Forschungsbeirates³⁸, gerechnet. Allerdings wurde davon ausgegangen, dass es sich dabei um einen Übergangsprozess handelt, der in relativ kurzer Zeit, von staatlichen Subventionen flankiert, zu bewältigen ist³⁹. Dass dieser Prozess tatsächlich jedoch bis in die heutige Zeit andauern würde, war vielen nicht bewusst.

Ein weiteres Spannungsfeld war die Einführung der Treuhandanstalt bzw. ihre Aufgaben. In erster Linie sollte die Treuhandanstalt „... die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch

³³ Krakowski et al. (1992) S. 192

³⁴ Wöller (2002) S. 248

³⁵ Görtemaker Manfred „Probleme der inneren Einigung“ (2006) S. 5/7

³⁶ ebenda S. 1/7

³⁷ ebenda S. 2/7

³⁸ Wöller (2002) S. 248

³⁹ ebenda S. 250

Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückführen.“⁴⁰ Dies sollte durch die wettbewerbliche Strukturierung und Privatisierung der früheren volkseigenen Betriebe durchgeführt werden. Die Privatisierung diene dabei als Grundlage für die Schaffung marktwirtschaftlicher Anreizmechanismen.

Dabei bestand jedoch Uneinigkeit, ob die Treuhandanstalt auch als Sanierer auftreten sollte.⁴¹ Hinzu kam die Tatsache, dass die Mitarbeiter der Treuhand anfänglich noch aus dem SED-Regime stammten. Erst in den Monaten nach der Wiedervereinigung wurden vernünftige Personalstrukturen geschaffen⁴² und damit der Weg für die Privatisierung vieler volkseigener Betriebe geebnet.

Jedoch fanden sich für einen Großteil der Unternehmen unter treuhändischer Verwaltung keine Investoren. Wie mit diesen Unternehmen zu verfahren sei, wurde sehr unterschiedlich beurteilt. Hamm⁴³ tendiert in seinen Betrachtungen zur sofortigen Schließung solcher Unternehmen. Wobei jedoch Krakowski⁴⁴ in seinen Betrachtungen ein sogenanntes „Ansanieren“, für möglich hält. Aus heutiger Sicht lässt sich wohl eher der letzteren Meinung folgen. So wären Investoren nicht in der Lage gewesen, hohe Subventionen zur Sanierung zu erhalten, und sich anschließend, ohne eine solche durchzuführen, wieder zurückzuziehen.

Als problematisch ist auch der nur langsam erfolgte Aufbau einer funktionierenden Administration zu sehen. Der Vorteil einer deutschen Wiedervereinigung, die Möglichkeit westdeutsche Beamte in die neuen Länder zu schicken, wurde zu spät erkannt, und zu wenig finanziell gefördert.⁴⁵ Dadurch wurde die Chance auf eine schnell funktionierende, unbürokratische Verwaltung und damit die unverzügliche Förderung von Investitionen nicht wahrgenommen. Die hier erwähnten Probleme stellen jedoch nur eine begrenzte Auswahl dar, welche Herausforderungen aber auch Chancen in der Wiedervereinigung lagen. Für eine ausführlichere Betrachtung soll daher auf Krakowski oder Bartling et al. verwiesen sein.

Neben allen Problemen sollten aber auch die enormen Entwicklungen, vor allem in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gesehen werden.

⁴⁰ Bartling, Peter; Bofinger, Peter; Gaddum, Johann Wilhelm; Gröner, Helmut; Hamm, Walter; Köllhofer, Dietrich; Lorenz, Detlef; Neubäumer, Renate; Schlecht, Otto; Schüller, Alfred (1991) S. 63

⁴¹ ausführlich hierzu Krakowski et al. (1992) S. 162 ff.

⁴² Bartling et al. (1991) S. 64

⁴³ ebenda S. 65 ff.

⁴⁴ Krakowski et al. (1992) S. 162 ff.

⁴⁵ ebenda S. 158

4 Alternativen bei der Wiedervereinigung Deutschlands und ihre möglichen Auswirkungen

4.1 Abgrenzung der möglichen Alternativen

Um eine Einschätzung der vorgenommenen Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten geben zu können, sollen im Folgenden kontrafaktische Betrachtungen durchgeführt werden. Begonnen wird jeweils mit einer kurzen Erläuterung der ordnungs- bzw. wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Danach folgt die Modellierung eines denkbaren Verlaufes des Szenarios und abschließend erfolgt eine Bewertung hinsichtlich dessen Realitätsnähe.

Um zwischen einer wirtschafts- bzw. ordnungspolitischen Maßnahme unterscheiden zu können, ist es notwendig noch eine kurze Abgrenzung dieser beiden politischen Einflussmittel vorzunehmen.

Die Ordnungspolitik legt die langfristigen Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln fest. Dazu gehören unter anderem die Verteilung des Eigentums und die Bedingungen, unter denen der Wettbewerb stattfindet.

Dagegen sind Gegenstand der Wirtschaftspolitik alle Maßnahmen, die das Wirtschaftsleben in einem Land entsprechend der zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung und den gesellschaftlichen Zielsetzungen gestalten.⁴⁶ Als mögliche gesellschaftliche Zielsetzungen können hier die Preisstabilität, ein angemessenes Wirtschaftswachstum oder ein hoher Beschäftigungsgrad genannt werden.

Aufbauend auf dieser Definition können die Szenarien 1 und 3 als wirtschaftspolitische Alternativen verstanden werden. Die Szenarien 2 und 4 sind damit ordnungspolitische Alternativen, da hier komplett andere Rahmenbedingungen gesetzt werden. Allerdings sind die Grenzen fließend, da ordnungspolitische Änderungen ohne flankierende wirtschaftspolitische Maßnahmen nie voll wirksam werden können.

⁴⁶ Das Lexikon der Wirtschaft (2004)

4.2 Szenario 1: Eine Währungsunion zu realen Wechselkursen

Ausgehend von einem realen Wechselkurs zwischen D-Mark und Mark von 1:7, wie er 1989/90 bestand⁴⁷, wären die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland von durchschnittlich 1200 M auf etwa 170 DM gesunken.

Verglichen mit den durchschnittlichen Monatseinkommen von 3000 DM in Westdeutschland war ein solcher Wechselkurs politisch jedoch nicht zu vermitteln. In Ostdeutschland wäre das Ausreisepotential enorm gestiegen.

Allerdings hätte ein solcher Wechselkurs die Exporte der DDR nicht so dramatisch absinken lassen, da die ostdeutschen Produkte durch die günstigen Lohnkosten wesentlich konkurrenzfähiger gewesen wären. Ob jedoch noch genügend Menschen im Land geblieben wären, um die Produktion aufrecht zu erhalten, hängt vor allem an der Frage wie sich die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland entwickelt hätten.

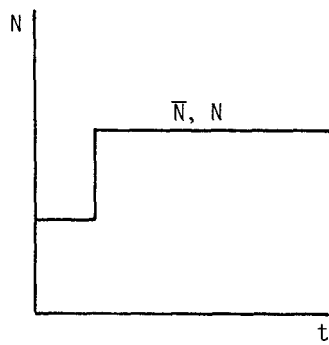
Bei einer schrittweisen Privatisierung der staatseigenen Vermögen und Unternehmen und einer Liberalisierung der Preise für Miete und Energie hätten sich sehr schnell eine privatwirtschaftliche Gewinnorientierung durchgesetzt und die Lebenshaltungskosten wären gestiegen. Die Folge wäre eine Abwanderung ungeahnten Ausmaßes gewesen.

Nach der Betrachtung Carlbergs⁴⁸ der mit einem makroökonomischem IS-LM-Modell einer offenen Volkswirtschaft argumentiert, würde es bei dem betrachteten Szenario langfristig zu keiner Arbeitslosigkeit kommen. Die Wirtschaft konvergiert, nach einem anfänglichem Anpassungsschock, zu einem neuen Gleichgewicht, welches einen proportional gestiegenen Kapitalstock aufweist. Durch die günstigen Produktionskosten infolge des realen Wechselkurses käme es zu erhöhten Investitionen in den neuen Ländern. Die Arbeitsnachfrage stiege, die Löhne würden als Folge ebenfalls steigen. Die Zunahme des Einkommens führte zu einer erhöhten Nachfrage. Nach den zuvor gestiegenen Exporten stiegen nun auch die Importe (zur graphischen Verdeutlichung vgl. auch die Abbildungen 6 bis 8).

⁴⁷ Siebert (1990) S. 9

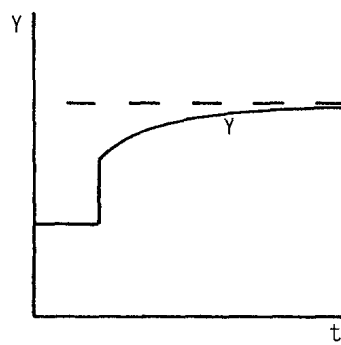
⁴⁸ Carlberg (1994) S. 54

Abbildung 6 Arbeitsangebot und -nachfrage



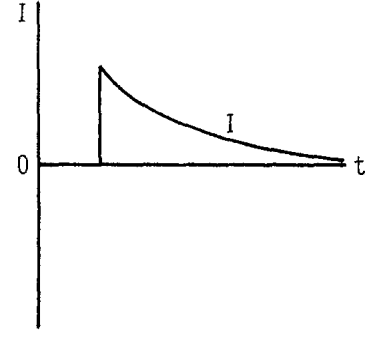
Quelle : Carlberg S. 19

Abbildung 7: Inländische Produktion



Quelle : Carlberg S. 19

Abbildung 8: Inländische Investitionen



Quelle : Carlberg S. 19

Dieser sehr optimistischen Betrachtung Carlbergs soll hier allerdings nicht gefolgt werden. Vielmehr ist bei o.g. Konstellation von einer negativen Entwicklung der ostdeutschen Industrie auszugehen. Durch die zu erwartende Abwanderung kommt es auch zu einer Abwanderung des Kapitals. Die Folge wäre das Ausbleiben von Investitionen und ein Verarmen der gesamten Neuen Bundesländer. Die Sozialausgaben pro Kopf würden enorm steigen.

Die Entwicklung in Westdeutschland wäre wohl ebenfalls negativ verlaufen. Ein Anstieg der Arbeitsnachfrage, verursacht durch die starke Bevölkerungszunahme in den alten Bundesländern, hätte ein Sinken der Löhne zur Folge gehabt. Damit kommt es zum Sinken der Nachfrage und in Folge dessen zum Absinken der Investitionen. Somit wäre nicht nur in Ostdeutschland von einer negativen Entwicklung auszugehen, sondern darüber hinaus auch in Westdeutschland.

Die Langzeitfolgen einer solchen Entwicklung können nur vermutet werden. Wahrscheinlich ist jedoch das Absinken des Lebensstandards in Gesamtdeutschland. Die Wiedervereinigung wäre nicht als Aufbruch sondern als Abschwung wahrgenommen worden.

4.3 Szenario 2: Die Beibehaltung der innerdeutschen Grenze

Die wohl am meisten in der Wirtschaftswelt diskutierte Möglichkeit der sogenannten schrittweisen Annäherung soll hier als zweites betrachtet werden. Diesem Gedanken widmete sich u.a. das Kieler Institut für Weltwirtschaft⁴⁹. Eine solche Sonderverwaltungszone Ost war vor allem mit der Idee einer schrittweisen Wechselkursangleichung (flexibler Wechselkurs) der Mark (M) zur D-Mark (DM) verbunden. Dabei sollten zunächst die Währungen beider Länder beibehalten werden. Damit wären die Lohnkosten in Ostdeutschland auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau geblieben. Die DDR hätte von den günstigen Produktionskosten profitiert, indem zuströmendes Kapital Investitionen fördere. Des weiteren erschließt auch der

⁴⁹ Siebert (1993) S. 8 ff.

Tourismus Devisenquellen⁵⁰. Für die Mark hätte es, durch eine solche Angleichungspolitik, Aufwertungstendenzen geben können.

Eine schrittweise Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft, die Neuordnung des Geldwesens und des Steuersystems sowie die Einführung der Markwirtschaft hätten ebenfalls ein „floaten“ der M gegenüber der DM zur Folge gehabt.

Wer die Verwaltung der Währung in Ostdeutschland übernommen hätte ist irrelevant. Es hätte bei einer vorläufigen Beibehaltung der ostdeutschen Staatsbank und somit zu einer eigenständigen Währungsverwaltung bleiben können. Genauso bestand aber auch die Möglichkeit, dass die Bundesbank vorübergehend die Mark und die DM verwaltet.

Langfristig jedoch, hätte die Bundesbank den vorher flexiblen Wechselkurs einschmelzen können. Ein fester Wechselkurs hätte sich etabliert und wäre auch den Menschen in Ost und West vermittelbar gewesen. Die Mark wäre unproblematisch durch die D-Mark ersetzbar gewesen. Die ostdeutsche Wirtschaft hätte damit durch schrittweise Reformen wettbewerbsfähig werden können. Es wäre zu keinem Anpassungsschock durch die sofortige Übernahme der gesamten bundesdeutschen Gesetze und sonstigen Regelungen gekommen. Es hätte vielmehr ein solches Szenario durch eine gesonderte Gesetzgebung in Ostdeutschland flankiert werden können. Zudem bestand die Möglichkeit, Gesetze die sich in der Bundesrepublik nicht bewährt hatten in Ostdeutschland auch nicht zu übernehmen⁵¹.

Abschließend sei jedoch auch hier eine mögliche Auswanderung aus der hier betrachteten Sonderwirtschaftszone Ost bzw. die damalige Situation der DDR mit in die Betrachtung einzubeziehen. Unter den damaligen Umständen (vgl. Abschnitt 3.2), vor allem unter dem Gesichtspunkt einer Gefährdung der inneren Sicherheit in Ostdeutschland, wäre eine Ankündigung der Beibehaltung der DDR auf nicht absehbare Zeit, nicht möglich gewesen. Die Menschen forderten vor allem eine Perspektive, die so nicht gegeben werden konnte. Eine Abwanderung enormer Größe wäre die wahrscheinliche Folge gewesen. Mit den möglichen Auswirkungen einer solchen Abwanderung auf Westdeutschland hat sich bereits Abschnitt 4.2 beschäftigt.

4.4 Szenario 3: Subvention der Löhne in Ostdeutschland

Wie bereits in Kapitel 4.2 ausgeführt wurde, wäre eine Währungsunion zum realen Wechselkurs politisch nur schwer durchsetzbar gewesen und hätte obendrein auch nicht zwingend zu dem gewünschten Ergebnis, eines zügigen Aufschwungs geführt. Um die negativen Folgen

⁵⁰ Siebert (1993) S. 15

⁵¹ Krakowski et al. (1992) S. 159

Die Lohnsubventionen führen zu einer Senkung der effektiven Lohnkosten und hätten somit die vernichtenden Auswirkungen der Lohnpolitik der Gewerkschaften mildern bzw. neutralisieren können. Die Wirkungsweise einer Lohnsubvention kann anhand der Abbildung 9 nachvollzogen werden.

[illegible]

Dabei bezeichnen w^* den vereinbarten Lohnsatz, w_F das Arbeitslosengeld und w_x den für die Systemtransformation erforderlichen Lohn. Ohne Subvention beträgt die Beschäftigung OD und die Zahl der Pendler GH . Dies abgezogen von der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung OH , erhält man die Zahl der Arbeitslosen DG . Diese, um die Wanderungskosten bereinigte, Inlandsproduktminderung markiert die schattierte Fläche $ZXFGD$. Nun zahlt der Staat eine Subvention in Höhe der Differenz zwischen w^* und w_x . Dadurch erhöht sich die Beschäftigung um DE , das Inlandsprodukt um die schräg und senkrecht schraffierte Fläche $ZDEX$. Die Finanzierungskosten der Subventionen müssen als bloße Umverteilung nicht ab-

20

gezogen werden. Somit ist diese Zunahme für die Gesellschaft ein echter Nettogewinn. Natürlich ist der Finanzierungsbedarf in Höhe von JKXV enorm, das DIW errechnete 165 Mrd. DM⁵³, (2) aber der „Clou“ ist, die Subvention zahlt sich selbst zurück. Der Staat spart Arbeitslosenunterstützung in Höhe von LMED und kassiert obendrein noch Steuern und Sozialabgaben, aus den Löhnen der erhaltenen bzw. neu entstehenden Arbeitsplätze.

Der stufenweise Abbau der Subvention hätte es der ostdeutschen Wirtschaft erlaubt, sich schrittweise auf den harten Wettbewerb in der Marktwirtschaft einzurichten und mit konkurrenzfähigen Produkten und Preisen neue Märkte zu erobern.

Natürlich wären nicht alle Industriezweige, wie Schwerindustrie und Bergbau zu erhalten gewesen. Allerdings wären nicht ganze Industriezentren verschwunden, was wiederum zu steigender Attraktivität für Investoren geführt hätte. Eine Prognose ist aufgrund der komplexen Zusammenhänge reine Spekulation. Ich wage dennoch zu behaupten, dass man so eine Menge Strukturprobleme hätte vermeiden können und die neuen Bundesländer, analog den ehemaligen Ostblockstaaten Tschechien und Polen⁵⁴, sich jetzt in einem selbst tragenden Aufschwung befinden würden⁵⁵.

Angesichts dieser Modellanalyse fragt man sich, warum dieser Vorschlag nicht in die Tat umgesetzt wurde. Das hat mehrere Ursachen. Zum ersten das Moral-Hazard-Problem. Ist nämlich den Tarifpartnern bekannt, dass der Staat, auf Lohnerhöhungen und wachsende Arbeitslosigkeit mit kompensierenden Subventionen reagiert, gleicht dies einer Einladung zu völlig maßlosen Forderungen. Die Unternehmer werden ihre Produktionskosten weiter hoch halten, da sie keine Konkurrenz aus dem Osten wünschen. während die Gewerkschaften für ihre überzogenen Lohnforderungen nicht mehr durch zunehmende Arbeitslosigkeit bestraft werden. Für beide besteht ein Anreiz die Subventionen vollständig in die Löhne überzuwälzen. Diesem Problem wollte Akerlof mit einem recht komplizierten Anreizsystem namens „Self-Eliminating Flexible Employment Bonus“⁵⁶ entgegenwirken. Allerdings hätte dieses, um glaubhaft zu sein, in der Verfassung verankert sein müssen und da stoßen wir auf den eigentlichen Problemkern. Die westdeutsche Industrie aber auch die Gewerkschaften fürchteten Billigkonkurrenz aus dem Osten und „...wer das Ziel hat, sich gegen eine Niedriglohnkonkurrenz im Osten zu schützen, und die Macht hat, dieses Ziel durchzusetzen, der wird sich durch

⁵³ DIW-Wochenbericht, 36/1991, S. 513

⁵⁴ SVR: BIP-Daten ausgewählter Länder, siehe Anhang

⁵⁵ das sie das nicht tun zeigt Anlage 1 des Anhangs

⁵⁶ vgl. Akerlof et al. (1991) S. 1-101

Anreizsysteme, die Dritte (die ostdeutschen Arbeitnehmer, Anmerkung des Verfassers) bestrafen, nicht beirren lassen.“⁵⁷

4.5 Szenario 4: Die Arbeit der Treuhandanstalt

Was wäre gewesen wenn die Treuhand statt der kurzfristigen Privatisierungspolitik, oder wie böse Zungen behaupten Liquidierungspolitik, eine langfristige Sanierungspolitik betrieben hätte? Wie an der Formulierung zu erkennen ist, ist die Arbeit der Treuhand gelinde gesagt sehr umstritten. Nicht wenige namhafte Ökonomen⁵⁸ machen die Treuhandanstalt (THA) für die „erfolgreiche Deindustrialisierung“ der ehemaligen DDR verantwortlich. Ein weiterer Grund sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen, ist die entscheidende Schlüsselfunktion, bei der Schaffung eines modernen industriellen Unternehmenssektors, die der Politik der Treuhandanstalt beigemessen wird.⁵⁹

Vorstellbar ist folgendes Szenario. Bei der THA-Gesetzesnovellierung wird die ausdrückliche Verpflichtung zur Beachtung struktur-, regional-, umwelt- und sozialpolitischer Ziele, die vom Bundes- bzw. Landtag vorgegeben werden, festgeschrieben. Außerdem ist die Organisationsstruktur der THA demokratischer und dezentraler ausgerichtet. Die Vertreter der neuen Bundesländer erhalten ein stärkeres Mitsprache- und Kontrollrecht. Die Arbeit der regionalen Niederlassungen wird von Beiräten mit Beratungs-, Initiativ-, und Kontrollrecht unterstützt. Es werden noch weitere organisatorische Veränderungen vorgenommen, die aber im Einzelnen hier den Rahmen sprengen würden. Zur weiterführenden Erklärung, sei auf die einschlägige Literatur⁶⁰ verwiesen.

All dies führt weg vom kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Aufwand-Nutzen Kalkül, hin zu einer mittel- bis langfristigen politökonomischen Ausrichtung der Treuhandarbeit. Allerdings wären die Betriebe somit länger im Staatseigentum verblieben. Mit dem Vorteil der Minimierung des gezielten Aufkaufs und der anschließenden Zerschlagung durch „Westkonkurrenten“. Die „Filetstücke“ wären nicht „verscherbelt“ worden sondern hätten geholfen, ganze Konzerne konkurrenzfähig zu machen. Auch wären regionale Interessen stärker berücksichtigt worden, welches die Zerschlagung ganzer Industriezentren verhindert hätte. Die Versor-

⁵⁷ Sinn und Sinn 1992) S. 185

⁵⁸ stellvertretend genannt seien Hickel, Rudolf; Priewe, Jan; Hankel, Wilhelm; Kampe, Dieter und Dümcke, Wolfgang / Vilmar, Fritz

⁵⁹ unter Anderem Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1991): S. 166 und Schiller (1994) S. 48

⁶⁰ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: „Memorandum’91 Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland“, Köln 1991, S.165 f.; Pilz, Falk / Ortwein, Heike: „Das vereinigte Deutschland“, Stuttgart 1992, S.85 f.

gungsunternehmen (Strom, Wasser, Entsorgung etc.) wären in kommunale Hand übergegangen.

Eine zwar mit dem Westen verflochtene aber nicht „kolonialisierte“ Wirtschaft hätte sich herausbilden können. Obendrein wäre deren Struktur bedeutend ausgewogener. Ein starker Klein- und Mittelstand hätte wachsen können und dieser ist bekanntlich das Rückgrat einer jeden Wirtschaft und macht auch die Regionen weniger krisenanfällig. Die Arbeitsplatzverluste sowie der dafür nötige Finanzbedarf wären trotzdem enorm gewesen. Denn nur ein Teil der ostdeutschen Industrie war zu retten.

Dass so eine staatlich gelenkte Umstrukturierung erfolgreich sein kann, beweist die weitgehend positive Erfahrung mit der Sanierung der westdeutschen Stahl und Textilindustrie.⁶¹ Und selbst neoliberale Ökonomen, wie Hans-Werner Sinn erkennen die besonderen Umstände der Transformation und die vorübergehende Außerkraftsetzung der „Marktgesetze“ an und plädierten gegen eine überstürzte Privatisierung.⁶²

Auch für dieses Szenario sind die endgültigen Entwicklungen schwer abzuschätzen. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass eine eigenständige Industrielandschaft erhalten geblieben wäre. Die sich heute zwar noch immer im Aufholprozess befinden würde, allerdings wäre eine Angleichung der Lebensverhältnisse, im Gegensatz zu heute, absehbar. Jedoch wäre dadurch vorübergehend die marktwirtschaftliche Ordnung in den Neuen Bundesländern in Frage gestellt worden. Gerade dort wo die Erfahrung mit staatlich gelenkten Unternehmen eher zwiespältig ist. Auch wären die benötigten finanziellen Mittel dafür enorm gewesen. Wenn man sich aber vor Augen hält was die THA mit netto 256 Mrd. DM⁶³ aus dem Volksvermögen der DDR gemacht hat, kann man vermuten das die eingangs erwähnte Kritik nicht aus der Luft gegriffen ist.

Bei aller Kritik dürfen aber die schwierigen Rahmenbedingungen unter denen die THA agierte nicht vergessen werden. Herauszustellen sind hier in erster Linie der katastrophale Zustand der ostdeutschen Wirtschaft und die politischen Zwänge und Vorgaben unter denen die THA arbeiten musste. Ihre Aufgabe, die schnellstmögliche Privatisierung des ostdeutschen Volksvermögens, hat die THA trotz handwerklicher Mängel erstaunlich schnell gelöst.⁶⁴ Die Kritik, soweit angebracht, sollte die politischen Verantwortlichen, insbesondere die Regierung Kohl treffen.

⁶¹ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1991): S. 190

⁶² Sinn und Sinn (1992) S. 181

⁶³ Siegmund (2000) S. 36

⁶⁴ Grosser (1998) S. 364

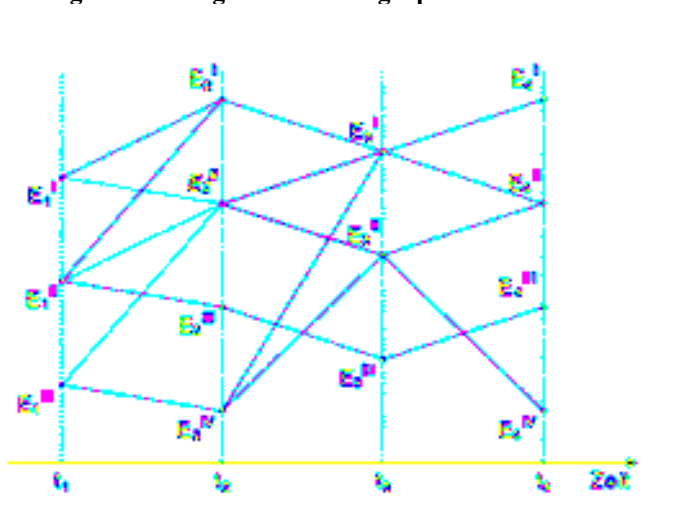
4.6 Kontingenz und Kausalität der Folgen der Wiedervereinigung

Neben den von uns aufgeführten „kontrafaktischen“ Szenarien gibt es noch eine Vielzahl weiterer denkbarer Alternativen. Wegen dieser denkbaren Möglichkeit des Eintretens aber ihres faktischen Nichteintretens spricht man eben von potentieller bzw. kontrafaktischer Geschichte.⁶⁵ Dieses Vorhandensein von Alternativen signalisiert, dass es sich bei der heutigen wirtschaftlichen Situation der neuen Bundesländer um keine notwendige Folge der Wiedervereinigung handelt. Die Alternativen sind kontingent. Ein Ereignis E ist kontingent wenn es möglich und zugleich nicht unmöglich ist oder anders gesagt, E ist nicht notwendig und zugleich nicht nicht notwendig.⁶⁶

Das Kontingenzkonzept wirkt temporal gesehen in beide Richtungen. Zwei Ereignisse sind „prograd“ (rot) miteinander verknüpft wenn man ausgehend von E_1 die Alternativen E_2 , E_2' , E_2'' usw. ex-post betrachtet auf plausible Weise kausal miteinander verbinden kann. Mit Kausalität ist hier eine Ursache-Wirkung Beziehung gemeint. Eine „retrograde“ (blau) Verknüpfung zwischen dem Ereignis der Gegenwart E_1 besteht, wenn dieses von E_0 verursacht wurde aber auch auf plausible Weise von E_0' , E_0'' usw. hätte verursacht werden können.⁶⁷

Die folgende Abbildung visualisiert die Zusammenhänge zum besseren Verständnis.

Abbildung 10: Kontingenter Prozessgraph



Quelle: In Anlehnung an Freund, Karen (2005)

E_2'' sei die Wirtschaftskrise in der ehemaligen DDR. Dieses Ereignis ist retrograd kontingent, da es plausibel durch mehrere Ereignisse E_1' , E_1'' , E_1''' verursacht werden konnte. Wobei E_1' die Realität sei und zwar die Deutsche Einheit. Dann könnte E_1'' das scheitern der Deutschen Einheit aufgrund eines Vetos der Sowjetunion sein, auch dieses hätte die dadurch weiterhin

⁶⁵ Lexikon der Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe

⁶⁶ Lehmann-Waffenschmidt (2004) S.132

⁶⁷ ebenda

bestehende DDR in eine Wirtschaftskrise gestürzt. Und E_1''' stellt die Entscheidung zu einer schrittweisen Vereinigung mit einer weiterhin selbstständigen DDR Regierung dar. Auch diese hätte zu extremen wirtschaftlichen Verwerfungen geführt.⁶⁸ E_2'' ist aber auch prograd kontingent denn wie in Abschnitt 4 gezeigt existierten mehrere plausible Wege aus der wirtschaftlichen Krise.

Eine Sache war allerdings unumgänglich, die Wirtschaftskrise in der ehemaligen DDR. Diese war eine notwendige Folge aus der Wahl der Zentralverwaltungswirtschaft als Wirtschaftssystem. Dadurch war der Weg in die Krise vorgezeichnet oder anders ausgedrückt die Wirtschaftskrise war pfadabhängig. Die Wege aus der Krise wurden eher situativ beziehungsweise entscheidungsbedingt gewählt. Politische Entscheidungsprozesse führten zu dem gegangenen Weg aus der Krise. Diese waren aber auch nicht unabhängig von bestehenden Interessenverbänden wie z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeber und somit gewissermaßen auch strukturbedingt beziehungsweise systemerzeugt.

⁶⁸ Dohnanyi (1990) S. 145 f.

5 Resümee

Ziel dieser Arbeit war es herauszufinden ob und wenn ja, welche ordnungs- und wirtschaftlichen Alternativen im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands existierten. Die erste Frage ist mit einem klaren ja zu beantworten. Einige der möglichen Alternativen wurden in Abschnitt 4 vorgestellt, weitere sind denkbar. Warum sie sich nicht durchsetzten ist im Einzelnen schwer zu sagen. Politische Entscheidungen werden in einem Spannungsfeld konkurrierender Interessen, äußerer Zwänge und machtpolitischer Überlegungen getroffen. Gegen einige Alternativen, wie z.B. Alternative 2 sprachen die äußeren Umstände, die drohende massive Migration von Ost nach West. Für andere Alternativen, wie z.B. Alternative 4 gab es wohl zu wenig Fürsprecher.

Einige dieser aufgezeigten Wege erscheinen vom heutigen Standpunkt aus betrachtet die besseren Alternativen zu sein. Zweierlei sollte man bei solchen Überlegungen nie vergessen. Erstens, dass es ungleich schwerer ist, Fehler zu vermeiden als bereits gemachte Fehler zu erkennen. Und zweitens, welche enormen menschlichen, politischen und finanziellen Leistungen im Zuge der Deutschen Einheit erbracht wurden und auch heute noch erbracht werden. Auf das Erreichte können wir stolz sein.

Quellenverzeichnis

Akerlof et al.: „East Germany in From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union“, erschienen in: *Brookings Papers for Economic Activity*, Band I, S.1-101, 1991

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): „*Memorandum'91 Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland*“, Köln 1991

Bartling, Peter; Bofinger, Peter; Gaddum, Johann Wilhelm; Gröner, Helmut; Hamm, Walter; Köllhofer, Dietrich; Lorenz, Detlef; Neubäumer, Renate; Schlecht, Otto; Schüller, Alfred: „*Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik*“, Berlin, 1991

Carlberg, Michael: „*Makroökonomische Szenarien für das vereinigte Deutschland*“, Heidelberg, 1994

„*Das Lexikon der Wirtschaft - Grundlegendes Wissen von A bis Z*“, Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, Mannheim, 2004

Deutsches Institut für Weltwirtschaft: <http://www.DIW.de> (26.04.2006)

Dohnanyi, Klaus von: „*Das deutsche Wagnis*“, München, 1990

Eucken, Walter: „*Die Grundlagen der Nationalökonomie*“, 8.Auflage, Berlin/Heidelberg/New York 1965

Freund, Karen: „*Kontingenz und Kausalität*“ Seminararbeit 2005

Gerstenberger, Wolfgang: „*Grenzen fallen – Märkte öffnen sich*“, Berlin, 1990

Grosser, Dieter: „*Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*“, Stuttgart, 1998

Görtemaker Manfred „Informationen zur deutschen Einheit – Beginn der deutschen Einigung“ http://www.bpb.de/themen/B203BZ,0,0,Beginn_der_deutschen_Einigung.html#art0 , Bundeszentrale für politische Bildung, (24.04.2006)

Görtemaker Manfred „Informationen zur deutschen Einheit – Probleme der inneren Einigung“ http://www.bpb.de/themen/XGTYH6,0,0,Probleme_der_innenen_Einigung.html , Bundeszentrale für politische Bildung, (24.04.2006)

Hankel, Wilhelm: „*Die sieben Todsünden der Vereinigung*“, Berlin, 1993

Initiative für Soziale Marktwirtschaft, Lexikon: „<http://www.insm.de/Lexikon.html>“ (Stand 25.04.06)

Jordan, S. (Hrsg) „*Lexikon der Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*“, Reclam Verlag, 2003

Krakowski, Michael; Henne, Wolfgang; Thiel, Eberhard; Keller, Dietmar; Weilepp, Manfred; Wacker-Theodorakopoulos, Cora; Kreienbaum, Christoph; Winkler-Büttner, Diana; Plötz, Peter: „*Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsschock – Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft – Strukturbericht 1991*“ Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Hamburg, 1992

Lehmann-Waffenschmidt, Marco: „*Der Koningenztheoretische Ansatz zur Strukturanalyse verlaufs- und ergebnisoffener wirtschaftlicher Prozesse*“, in Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden, 53, Heft 3-4, 2004

Magen, Bernd: *„Die Problematik des Transformationsprozesses von einem zentralverwaltungswirtschaftlichen zu einem marktwirtschaftlichen System – dargestellt anhand des Sonderfalls: Treuhandanstalt“*, Duisburg, 1995

Pilz, Falk / Ortwein, Heike: *„Das vereinigte Deutschland“*, Stuttgart 1992

Priewe, Jan / Hickel, Rudolf: *„Der Preis der Einheit“*, Frankfurt am Main 1991

Sachverständigenrat (SVR): <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/timerow/tabint.php#20>

Samuelson, Paul A. / Nordhaus, William D.: *„Volkswirtschaftslehre“*, Band 1, Köln 1987

Schiller, Karl: *„Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft“*, Berlin, 1994

Schlecht, Otto: *„Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft“*, Tübingen, 1990

Siebert, Horst: *„Die Wahlmöglichkeiten einer deutsch-deutschen Geld- und Währungspolitik“*, Kieler Diskussionsbeiträge, Kiel, 1990

Siebert, Horst: *„Junge Bundesländer: Gibt es wirtschaftspolitische Alternativen?“*, Kieler Diskussionsbeiträge, Kiel, 1993

Siegmund, Uwe: *„Privatisierungspolitik in Ostdeutschland“*, Kiel 2000

Sinn, Gerlinde und Hans-Werner: *„Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung“*, Tübingen 1992

Statistisches Bundesamt: <http://www.destatis.de> (Stand 25.04.06)

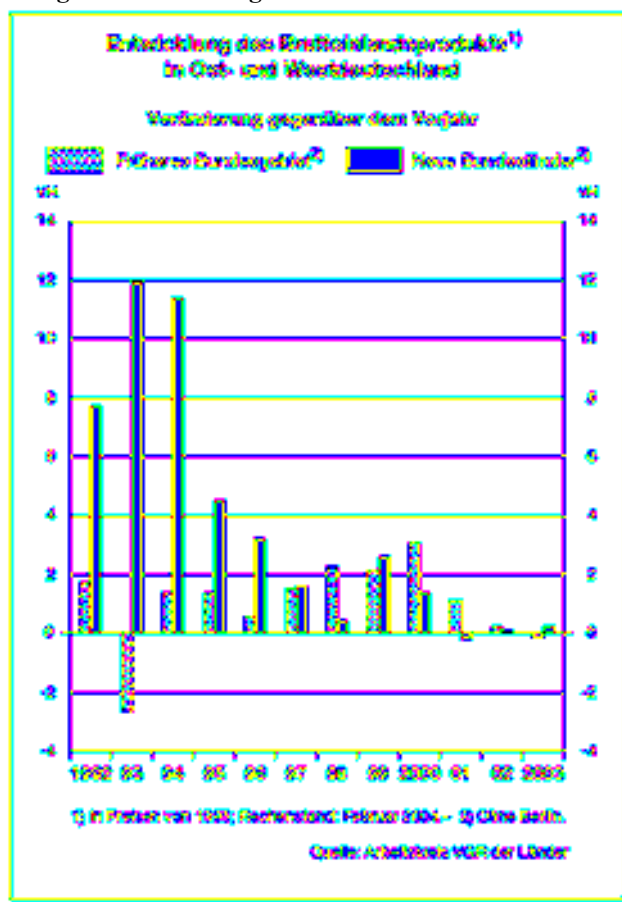
Vilmar, Fritz / Dümcke, Wolfgang: *„Kolonialisierung der DDR“*, Münster 1995

Wöller, Roland: *„Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung 1952-1975 - zur politischen und wissenschaftlichen Diskussion der wirtschaftlichen Wiedervereinigung“* Dissertation, TU Dresden, 2002

Wöller, Roland: *„Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung 1952-1975“*, Düsseldorf, 2004

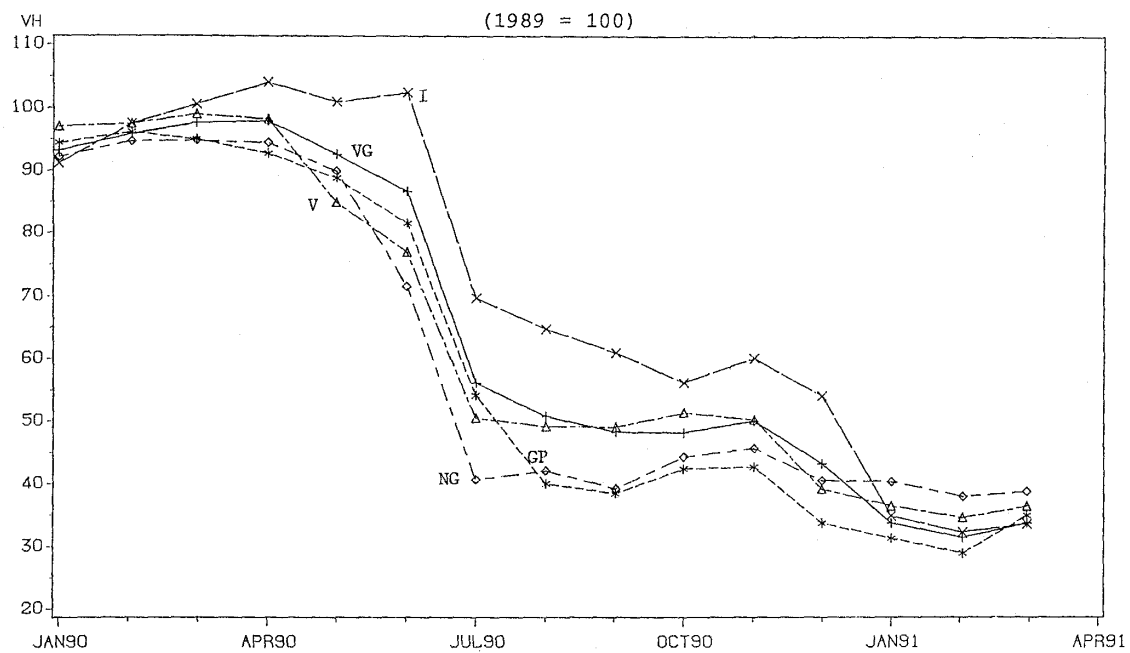
Anhang

Anlage 1: Entwicklung des BIP in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Anlage 2: Die Entwicklung der Produktion¹ im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands



¹ Verkettung des Index der Industriellen Warenproduktion und des Index der Nettoproduktion.

VG = Verarbeitendes Gewerbe, GP = Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, I = Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe, V = Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe, NG = Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Quelle: Krakowski et al. (1992) S. 192